

Humanitäre Organisationen haben darüber hinaus ernsthafte Bedenken gegen die Koppelung ihrer Arbeit mit der Friedensschaffung geäußert, die sie als eine inhärent politische Aufgabe betrachten. Diese widerspreche dem humanitären Mandat und dessen Grundsätzen der Unparteilichkeit, Neutralität und Unabhängigkeit. Die Koppelung birgt in ihren Augen die Gefahr, dass ihre Arbeit von sicherheitspolitischen Erwägungen vereinnahmt wird und sie den Zugang zu gefährdeten Bevölkerungsgruppen verlieren. Diese Gefahr ist umso größer, wenn der HDP-Ansatz schleichend mit dem Konzept der „vernetzten Sicherheit“ verbunden wird.

Ein weiteres Risiko besteht in der Rückbindung der NRO-Aktivitäten an die lokalen Gemeinschaften. Dies umfasst zum einen die Auswahl der in den Friedensausschüssen beteiligten lokalen Akteur:innen. Wenn die Menschen vor Ort diesen Prozess als intransparent und ungerecht empfinden, weil bestimmte Personen privilegiert oder ausgeschlossen werden (beispielsweise Frauen), kann dies Ungleichheiten und Konflikte zementieren. Auch besteht die Gefahr, dass NRO selbst zu einer Konfliktpartei werden oder lokale Konfliktdynamiken ungewollt beeinflussen, da sie sich gegenüber den unterschiedlichen lokalen Konfliktakteur:innen in ihrer Arbeit positionieren müssen. Die faktische Rechenschaftspflicht gegenüber der lokalen Bevölkerung ist deshalb ein wichtiger Aspekt, um ungewollte negative Effekte wie eine Verstärkung von Konflikten zu vermeiden. Die Tatsache, dass NRO überlebenswichtige Ressourcen bereitstellen, erhöht oft die Abhängigkeit derjenigen, denen sie ihre Dienste zur Verfügung stellen. Es ist daher wichtig, dass NRO ihre Rechenschaftspflicht gegenüber der lokalen Bevölkerung mit dieser diskutieren. In der Bilanz zeigen diese Beispiele, dass Einzelpersonen oder auch lokale Gemeinschaften nicht „an sich“ vulnerabel oder resilient sind. Vielmehr müssen lokale Konfliktdynamiken und andere Faktoren, wie beispielsweise Naturkatastrophen, berücksichtigt werden, um Unterstützungsbedarfe zu verstehen oder auch den Wunsch nach lokal gesteuerten Initiativen anzuerkennen.

---

## SCHLUSSFOLGERUNGEN

Die Voraussetzung für eine starke gesellschaftliche Resilienz ist eine hinreichende Verwaltungskapazität für Basisdienstleistungen. Damit internationale Förderung nicht einseitig dem Machtinteresse der Herrschenden dient, ist ein der Bevölkerung gegenüber rechenschaftspflichtiges und rechtsstaatlich kontrolliertes Handeln der Exekutive unabdingbar. Wo gesellschaftliche Resilienz in starkem Widerspruch zu Partikularinteressen staatlicher Eliten steht, sollten daher Konditionierungen in internationalen Entwicklungshilfeprogrammen eingeführt werden, welche – als ultima ratio – einen Ausstieg aus der direkten Kooperation mit dem Staat beinhalten. Wo möglich, sollte stattdessen mit gesellschaftlichen Gruppen direkt zusammengearbeitet werden. Solche direkten Kooperationen sind dauerhaft nur tragfähig, wenn mittelfristig auch lokale Behörden in die Planungen einbezogen werden. Zudem sollten jene Länder besonders profitieren, welche die Resilienz der Gesellschaft in der politischen und sozialen Teilhabe aller Bevölkerungsgruppen verstehen.

Vor allem auf der lokalen Ebene kann eine engere Verknüpfung von humanitärer Hilfe, Entwicklungszusammenarbeit und Peacebuilding Synergien schaffen. Doch darf diese Stärkung des HDP-Nexus nicht im Schatten „vernetzter Sicherheit“ erfolgen, welche das Mandat und die Unabhängigkeit humanitärer NRO gefährdet.

Regionale Ansätze bei Resilienz und beim HDP-Nexus sind sinnvoll. Die zahlreichen internationalen Programme müssen auf ihre wechselseitige Kompatibilität hin überprüft werden. Das Erdbeben in der Türkei und Syrien hat zuletzt erneut verdeutlicht, wie ausschlaggebend eine transnationale, länderübergreifende Ausrichtung von Hilfsleistungen ist, um keine Doppelstrukturen zu schaffen.

Digitalisierung bietet eine große Chance: Die Verfügbarkeit von (Echtzeit-)Daten und ihre Auswertung verbessern Frühwarnsysteme und so auch präventiven Schutz. Dabei ist nicht zwangsläufig eine flächendeckende staatliche Präsenz notwendig, da die Menschen direkt über ihre Handys erreicht werden können. Die internationale Kooperation zwischen den unterschiedlichen Tsunami-Frühwarnsystemen ist dafür ein positives Beispiel. Bei der Erhebung von Schäden und der Zuteilung von Hilfe kann Digitalisierung helfen, die benötigten Ressourcen an die richtigen Orte zu bringen. Digitalisierung kann zudem die Transparenz des staatlichen und zivilgesellschaftlichen Handelns verbessern.

Einen richtigen Weg schlägt die Afrikanische Union mit ihrer „Digital Transformation Strategy for Africa“ aus dem Jahr 2020 ein, die sich auf Bewältigungskapazitäten unter anderem in den Bereichen Bildung, Gesundheit, aber auch Landwirtschaft richtet.

Ein erster Schritt der deutschen Entwicklungszusammenarbeit ist die Bündelung der zahlreichen politischen Initiativen im Rahmen der BMZ-Strategie „Digital Global“. Gleichzeitig ist Digitalisierung kein Allheilmittel: Datensicherheit wie auch die Zugänglichkeit zur digitalen Infrastruktur müssen mitgedacht werden (→ Bündis Entwicklung Hilft/IFHV 2022). Zudem können digitale Informationen politisch instrumentalisiert werden. Umso wichtiger ist es, auch digitale Resilienzstrategien an die Verbesserung der Governance-Qualität zu knüpfen.

---

1 Das englische Kürzel steht für folgende Attribute: lesbian, gay, bisexual, transgender/transsexual, queer/questioning, intersex, asexual; das \* bezeichnet weitere Geschlechtsidentitäten.

## Autor:innen

---

### Prof. Dr. Tobias Debiel (Koordination)

INEF – Institut für Entwicklung und Frieden

### Stephan Dombrowski

Universität Duisburg-Essen

### Dr. Boubacar Haidara

BICC – Bonn International Centre for Conflict Studies

### Dr. Esther Meininghaus

BICC – Bonn International Centre for Conflict Studies

### Prof. Dr. Nele Noesselt

Universität Duisburg-Essen

### Dr. Katrin Radtke

IFHV – Institut für Friedenssicherungsrecht und Humanitäres Völkerrecht,  
Ruhr-Universität Bochum

### Jannis Saalfeld

INEF – Institut für Entwicklung und Frieden

### Prof. Dr. Conrad Schetter

BICC – Bonn International Centre for Conflict Studies

### Carina Schlüsing

BICC – Bonn International Centre for Conflict Studies

### Jasmin Schmitz

INEF – Institut für Entwicklung und Frieden

### PD Dr. Johannes Vüllers (Koordination)

INEF – Institut für Entwicklung und Frieden

### Daniel Weller

IFHV – Institut für Friedenssicherungsrecht und Humanitäres Völkerrecht,  
Ruhr-Universität Bochum

## Quellenverzeichnis

---

Boese, Vanessa A. et al. 2022: Autocratization Changing Nature? Democracy Report 2022. Varieties of Democracy Institute (V-Dem), Gothenburg.

Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit (BMZ) 2020: Strategy on Transitional Development Assistance: Overcoming crises – Strengthening resilience – Creating new prospects. Bonn: German Federal Ministry of Economic Cooperation and Development, in: <https://www.bmz.de/en/news/publications/publikationen-reihen/30738-30738>; 07.11.2022.

Bundesregierung 2022: Deutsche Strategie zur Stärkung der Resilienz gegenüber Katastrophen. Umsetzung des Sendai Rahmenwerks für Katastrophenvorsorge (2015–2030) – Der Beitrag Deutschlands 2022–2030. Berlin.

Bündnis Entwicklung Hilft / IFHV (Institut für Friedenssicherungsrecht und Humanitäres Völkerrecht) 2022: WeltRisikoBericht 2022. Fokus: Digitalisierung, in: [https://weltrisikobericht.de/wp-content/uploads/2022/09/WeltRisikoBericht-2022\\_Online.pdf](https://weltrisikobericht.de/wp-content/uploads/2022/09/WeltRisikoBericht-2022_Online.pdf); 09.03.2023.

Caprile, Anna/Pichon, Eric 2022: Russia's War on Ukraine: Impact on Global Food Security and EU Response, in: European Parliament Research Service (EPRS, Briefing), Brüssel.

Institute for Economics & Peace (IEP) 2022: Global Peace Index 2022 – Measuring Peace in a Complex World, in: <http://visionofhumanity.org/resources>; 09.03.2023.

GAMAAN The Group for Analyzing and Measuring Attitudes in IRAN 2023: Iranian Attitudes Towards the 2022 Nationwide Protests – Report, in: [https://gamaan.org/2023/02/04/protests\\_survey/](https://gamaan.org/2023/02/04/protests_survey/); 11.02.2023.

King, Marcus DuBois 2016: The Weaponization of Water in Syria and Iraq, in: The Washington Quarterly 38: 4, S. 153–169.

Kray, Holger/Shetty, Shobha/Colleye, Pierre-Olivier 2022: Three Challenges and Three Opportunities for Food Security in Eastern and Southern Africa, in: World Bank Blog, 06.07.2022, <https://blogs.worldbank.org/africacan/three-challenges-and-three-opportunities-food-security-eastern-and-southern-africa>; 23.01.2023.

Weller, Daniel 2022: Der WeltRisikoIndex 2022, in: Bündnis Entwicklung Hilft/IFHV (Institut für Friedenssicherungsrecht und Humanitäres Völkerrecht): WeltRisikoBericht 2022. Fokus: Digitalisierung, in: [https://weltrisikobericht.de/wp-content/uploads/2022/09/WeltRisikoBericht-2022\\_Online.pdf](https://weltrisikobericht.de/wp-content/uploads/2022/09/WeltRisikoBericht-2022_Online.pdf); S. 39–50 (laut PDF 41–52); 09.03.2023.

## Abbildungen / Grafiken / Tabellen

---

11 / 68

Entwicklung der Menschlichen Sicherheit –  
Veränderung im Vergleich zur Platzierung des Landes im Vorjahr  
IEP 2022

14 / 74

Mangel an Anpassungskapazitäten (Stand: Januar 2023)  
Bündnis Entwicklung Hilft/IFHV 2022

15 / 74

Mangel an Bewältigungskapazitäten (Stand: Januar 2023)  
Bündnis Entwicklung Hilft/IFHV 2022

3